

Zur Angleichung von Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland

von Jan Goebel, Roland Habich und Peter Krause

Zusammenfassung: Der Übergang zur Marktwirtschaft erfolgte in Ostdeutschland im Unterschied zu anderen osteuropäischen Staaten unter dem Primat der sozialpolitischen Angleichung der Lebensbedingungen an das höhere Wohlstandsniveau der westlichen Bundesländer. Bezüglich der Wohlstandsentwicklung wie auch der subjektiven Bewertungsmaßstäbe lassen sich im Verlauf der 90er Jahre hierbei deutliche Angleichungsfortschritte aufzeigen. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat sich dieser Angleichungsprozess immer weiter verlangsamt. Für die noch verbleibenden Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sind sowohl hinsichtlich der Einkommensunterschiede als auch der Zufriedenheitseinschätzungen derzeit keine weiteren schnellen Angleichungen absehbar. Auch die Wahrnehmung der „gemeinsamen“ deutschen Gesellschaft bezüglich der subjektiven Schichtestufung, der Gerechtigkeitseinschätzung und in der Wahrnehmung von Konflikten weist so im Ganzen zwar deutliche Angleichungsfortschritte auf, unterscheidet sich in Teilen aber noch erheblich.

Summary: The idea governing the transition to a market economy in East Germany—in contrast to other Eastern European countries—was that of using socio-political measures to raise East German living conditions to the higher West German standards. And indeed, the rising living standard and subjective evaluation criteria provide evidence of significant progress towards convergence over the course of the 1990s. In the second half of that decade, however, process slowed gradually, and does not appear likely to accelerate again in the near future, to close the remaining gap between East and West Germany in income differences and subjective evaluations of life satisfaction. There has been significant progress toward convergence in the overall perception of a “unified” German society with regard to subjective class identification, evaluations of justice, and perceptions of conflicts, but there still remain considerable differences in particular areas.

1 Konzepte und Messung von Lebensbedingungen im vereinigten Deutschland

Der Übergang zur Marktwirtschaft erfolgte in Ostdeutschland – nicht nur aus Sicht eines großen Teils der ostdeutschen Bevölkerung – in erster Linie unter dem Primat der sozialpolitischen Angleichung der Lebensbedingungen und erst in zweiter Linie unter dem Gesichtspunkt marktwirtschaftlicher Rationalität. Im Vordergrund stand: Die Lebensverhältnisse der Bevölkerung sollten möglichst schnell an das Wohlstandsniveau der westlichen Landesteile angeglichen werden. Ein Mezzogiorno-Phänomen in Form eines lang andauernden Wohlstandsgefälles innerhalb Deutschlands sollte auf jeden Fall vermieden werden. Hierüber herrschte unmittelbar nach der Vereinigung weitgehend Einigkeit zwischen allen maßgeblichen politischen Kräften.

JEL Classifications: D31, I31, I32

Keywords: German unification, quality of life, economic well-being, social indicators

Die Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ im vereinigten Deutschland bedeutet mehr als die Angleichung materieller Lebenslagen. Moderne Gesellschaften zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie ihren Bürgern gleiche Chancen im Hinblick auf immaterielle Dimensionen der Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung bieten. Das Konzept der individuellen Wohlfahrt der wissensbasierten Sozialberichterstattung umfasst drei eigenständige Dimensionen: objektive Lebensbedingungen, subjektives Wohlbefinden und die „Qualität der Gesellschaft“ (vgl. dazu Habich 2002, Noll 2005, Zapf und Habich 1996). Bei den *objektiven Lebensbedingungen* sind verschiedene Lebensbereiche (zum Beispiel Familie, Wohnen, Arbeitsmarkt, Einkommen) in den Blick zu nehmen. Das *subjektive Wohlbefinden* der Bürger meint deren Wahrnehmung und Bewertung ihrer Lebensumstände, beispielsweise als Zufriedenheit oder als Unzufriedenheit. Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens beschreiben im Vergleich zur objektiven Situation einen sozialen Tatbestand eigener Art, in den unter anderem das „soziale Klima“, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realisierungschancen oder die Bewertung des bisher Erreichten einfließen. Subjektives Wohlbefinden umfasst nicht nur Zufriedenheiten und Glück, sondern auch Ängste und Sorgen, Anomie oder Pessimismus. Neben *objektiven Lebensbedingungen* und *subjektivem Wohlbefinden* gibt die dritte Dimension „*Qualität der Gesellschaft*“ Aufschluss darüber, wie die Bürger die „gemeinsame“ Gesellschaft wahrnehmen und wie sie sich in dieser Gesellschaft verankert empfinden.

Für die Analysen hier werden verschiedene Datenquellen herangezogen: Jährliche Angaben über die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie subjektive Indikatoren zu Zufriedenheiten und Sorgen stammen aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP).¹ Mit dem SOEP lassen sich die Veränderungen der verfügbaren Einkommen und Bewertungen in Ost- und Westdeutschland anhand der Angaben der Betroffenen beobachten. Für weitere Analysen von Indikatoren zur subjektiven Schichteinstufung sowie zur Wahrnehmung von Gerechtigkeitslücken und Konflikten werden ergänzend Daten aus den Wohlfahrtssurveys² und den Allbus-Erhebungen³ herangezogen.

Indikatoren und Messung

Die Entwicklung des materiellen Lebensniveaus wird mit den Daten des SOEP anhand des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte⁴ dargestellt. Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das mo-

1 Das SOEP ist eine repräsentativ angelegte Wiederholungsbefragung, die 1984 in Westdeutschland ins Feld ging und die bereits im Juni 1990 - also noch vor Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (1. Juli 1990) und der deutschen Vereinigung (3. Oktober 1990) – auf die ostdeutschen Bundesländer ausgedehnt werden konnte (Goebel et al. 2008, Wagner et al. 2008). Bei dieser Erhebung werden jährlich die gleichen Personen und Haushalte wiederholt zu ihren Lebensbedingungen direkt befragt. Zur Durchführung des SOEP vgl. Vierteljahresheft des DIW Berlin 3/2008 25 Wellen Sozio-oekonomisches Panel. Ausgewählte Analysen zum SOEP sind zusammengefasst im SOEP Wave Report 2008 (Headey und Holst 2008).

2 Der Wohlfahrtssurvey ist eine Repräsentativbefragung für die Messung der individuellen Wohlfahrt und Lebensqualität. Dabei werden für verschiedene Lebensbereiche Dimensionen der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens mit geeigneten Indikatoren im Trendverlauf beobachtet. Die Erhebungen wurden seit 1978 insgesamt neunmal durchgeführt, zuletzt im Jahre 2001.

3 Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wird seit 1980 in zweijährigem Rhythmus erhoben. Die repräsentative Querschnitterhebung beinhaltet einen konstanten und einen variablen Befragungsteil. Zentrale Bestandteile sind Daten über politische Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung.

4 In der Ursprungsstichprobe werden nur Privathaushalte befragt. Sofern jedoch Personen im Laufe der jährlichen Befragungen in Anstalts Haushalte (z. B. Altersheim etc.) gewechselt sind, werden diese nach Möglichkeit ebenfalls in die Befragung einbezogen. Die Anstaltsbevölkerung bleibt jedoch bei den vorliegenden Auswertungen unberücksichtigt.

natliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers. Diese Einkommensangaben werden von der Auskunftsperson im Haushalt, die am besten über alle Belange des Haushalts informiert ist, direkt erfragt.⁵ Solche Informationen konnten bereits bei der ersten Erhebung in Ostdeutschland im Jahr 1990 gewonnen werden und liegen seitdem als jährliche Messung vor. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die weiteren Ergebnisse auf diese Einkommensangabe.

Zudem werden im SOEP jeweils für das zurückliegende Jahr aus den individuellen und haushaltsspezifischen Angaben zu den einzelnen Einkommenskomponenten aggregierte Vorjahreseinkommen generiert, die insbesondere bei international vergleichenden Studien Anwendung finden (Frick et al. 2008). Diese auf das Vorjahr bezogenen Einkommensangaben stehen für Ostdeutschland erst ab dem Erhebungsjahr 1992 zur Verfügung. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen berücksichtigt. Daher sind die Vorjahreseinkommen im Allgemeinen etwas höher (umgerechnet auf Monatsbasis) als die direkt erhobenen Monateinkommen, und sie weisen eine etwas höhere Ungleichheit und entsprechend auch höhere Niedrigeinkommens- und Armutsraten auf. Abgesehen von diesen Niveaueffekten zeigen aber beide Einkommenskonzepte dieselben Trends im zeitlichen Verlauf.⁶

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der OECD-Skala in sogenannte „Äquivalenzeinkommen“⁷ – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten gewichtete Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet.⁸

Im SOEP werden auch subjektive Indikatoren erhoben. Die allgemeine Lebenszufriedenheit sowie Zufriedenheiten mit bestimmten Lebensbedingungen wie Lebensstandard, Haushaltseinkommen, Arbeit, Freizeit, Gesundheit, Wohnen etc. repräsentieren die Dimension des subjektiven Wohlbefindens.⁹ Zudem gibt es Auskünfte über Sorgen¹⁰ um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, um die eigene wirtschaftliche Situation, den Erhalt des Arbeitsplatzes, die Kriminalität, die Ausländerfeindlichkeit, den Frieden und die Umwelt.

5 Dabei werden von allen Haushaltsmitgliedern alle im laufenden Monat anfallenden Einkünfte und Transfers berücksichtigt. Bei dieser direkten Frage nach dem Umfang des verfügbaren monatlichen Einkommens im Haushalt treten teilweise Unterschätzungen auf; diese Unschärfen haben jedoch keine Auswirkungen auf die Interpretation des jährlichen Verlaufs, der bei dieser Betrachtung hier im Vordergrund steht.

6 Zur Erfassung von Einkommensfragen im SOEP vgl. Wagner (1991); Ergebnisse für unterschiedliche Einkommensberechnungen finden sich bei Goebel, Krause und Habich (2008).

7 Bei der Umrechnung in Äquivalenzeinkommen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala werden in jedem Haushalt dem Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1,0, jedem weiteren Erwachsenen ein Bedarfsgewicht von 0,5 und jedem Kind im Haushalt bis zum Alter von 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugewiesen. Das Äquivalenzeinkommen errechnet sich analog dem Pro-Kopf-Einkommen, indem das erfragte Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe aller Personenbedarfsgewichte (beim Pro-Kopf-Einkommen: durch die Zahl der Haushaltsmitglieder) dividiert wird.

8 Die Äquivalenzeinkommen sind für alle Haushaltsmitglieder gleich: Dabei wird unterstellt, dass alle Ressourcen so im Haushalt bedarfsgerecht umverteilt werden, dass alle Haushaltsmitglieder dasselbe Wohlfahrtsniveau erzielen.

9 Die Zufriedenheiten werden auf einer 10-stufigen Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) gemessen; diese Skala lässt sich approximativ auch als Quasi-Intervall-Skala behandeln, zu den Zufriedenheiten werden entsprechend deskriptiv die Mittelwerte ausgewiesen.

10 Sorgen werden als ordinale Variable mit drei Ausprägungen erhoben (große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen); in diesem Beitrag wird bei der deskriptiven Darstellung lediglich der Anteil großer Sorgen berücksichtigt.

2 Die Entwicklung der verfügbaren Einkommen und deren Verteilung

Verlauf der Angleichung des materiellen Wohlstandes

Die verfügbaren Einkommen sind in Ostdeutschland unmittelbar nach der Vereinigung sehr schnell gestiegen. Übereinstimmend zeigen die äquivalenzgewichteten Realeinkommen nach dem monatlichen wie auch nach dem vorjahresbezogenen Einkommenskonzept für Ostdeutschland in dieser Phase hohe Einkommenszuwächse (Tabelle 1). Gemessen an den Lebenshaltungskosten des Jahres 2005 haben sich die monatlich verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland in den ersten Jahren zwei Jahren nach der Vereinigung von 835 Euro auf 935 Euro erhöht; das entspricht einer Einkommenssteigerung um real 12 Prozent. Zum Vergleich: Zur selben Zeit wuchsen die Einkommen in Westdeutschland real von 1 343 Euro auf 1 351 Euro – und somit lediglich um 0,6 Prozent. Der Einkommensanstieg in Ostdeutschland setzte sich verlangsamt bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre fort; die Einkommen stiegen von 1992 bis 1997 real von 935 Euro auf 1 137 Euro um über 20 Pro-

Tabelle 1

Entwicklung der verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland

HH-Nettoeinkommen ¹ (real)	1990	1992	1997	2002	2007	2008 ²
Arithm. Mittelwert (in Euro)	HH-Nettoeinkommen im Monat					
Deutschland	–	1 267	1 327	1 430	1 407	1 390
Westdeutschland	1 343	1 351	1 373	1 478	1 461	1 444
Ostdeutschland	835	935	1 137	1 222	1 162	1 149
Steigerungsrate (in Prozent) ³						
Deutschland	–	–	4,7	7,8	–1,6	–1,2
Westdeutschland	–	0,6	1,6	7,6	–1,2	–1,2
Ostdeutschland	–	12,0	21,6	7,5	–4,9	–1,1
Relation (in Prozent)						
Ost-/Westdeutschland	62,2	69,2	82,8	82,7	79,5	79,6
Arithm. Mittel (in Euro)	HH-Nettoeinkommen des Vorjahres					
Deutschland	–	17 602	17 762	19 042	19 040	–
Westdeutschland	17 745	18 514	18 278	19 667	19 709	–
Ostdeutschland	–	13 857	15 539	16 219	15 876	–
Steigerungsrate (in Prozent) ³						
Deutschland	–		0,9	7,2	0,0	–
Westdeutschland	–	4,3	–1,3	7,6	0,2	–
Ostdeutschland	–		12,1	4,4	–2,1	–
Relation (in Prozent)						
Ost-/Westdeutschland	–	74,8	85,0	82,5	80,6	–

1 Äquivalenzgewichtet nach der OECD-Skala, zu Preisen von 2005; bis 1997 erfolgt eine getrennte Anpassung der Preisentwicklung in Ost und West. **2** Vorläufige Daten. **3** Prozentuale Steigerungsrate gegenüber dem in der Vorspalte angegebenen Zeitpunkt.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

zent an, wohingegen die westdeutschen Einkommen im Verlauf der 90er Jahre insgesamt gesehen kaum reale Steigerungen erfuhren (Die Steigerungsrate 1992–1997 liegt bei 1,2 Prozent). Die Einkommensrelation der ost- zu den westdeutschen Nettoeinkommen hat sich vom Jahr 1990 bis 1997 von 62 Prozent auf über 80 Prozent (West = 100) erhöht.

Lässt man die nach der Wende zum Teil erheblichen Preissteigerungen bei den Lebenshaltungskosten außer Acht, dann kam es in nominaler Rechnung in den ersten beiden Jahren nach der Wende zu einem Anstieg der verfügbaren Einkommen von insgesamt reichlich 20 Prozent (Krause und Habich 2000: 320). Die Wachstumsraten haben sich im Verlauf der 90er Jahre immer weiter abgeschwächt – ebenfalls aber auch die Preisanhebungen.

Im Laufe der zweiten Hälfte der 90er Jahre findet keine weitere Angleichung der ostdeutschen Einkommen an das westdeutsche Niveau mehr statt. Die Steigerungsraten der Realeinkommen liegen in der Fünfjahresperiode von 1997 bis 2002 in Ost- und Westdeutschland nahezu gleichauf bei 7,5 Prozent beziehungsweise 7,6 Prozent – über den gesamten Zeitraum betrachtet. Nach Beginn des neuen Dezenniums sind die Realeinkommen der privaten Haushalte in beiden Landesteilen sogar gesunken. Davon waren die Einkommen in Ostdeutschland überproportional betroffen. Im Zuge dessen ist der Abstand zu den westlichen Einkommen wieder gewachsen. Die noch vorläufigen Zahlen von 2008 deuten auf weiterhin rückläufige Realeinkommen hin, von der aber die Ost- und Westeinkommen gleichermaßen betroffen sind.

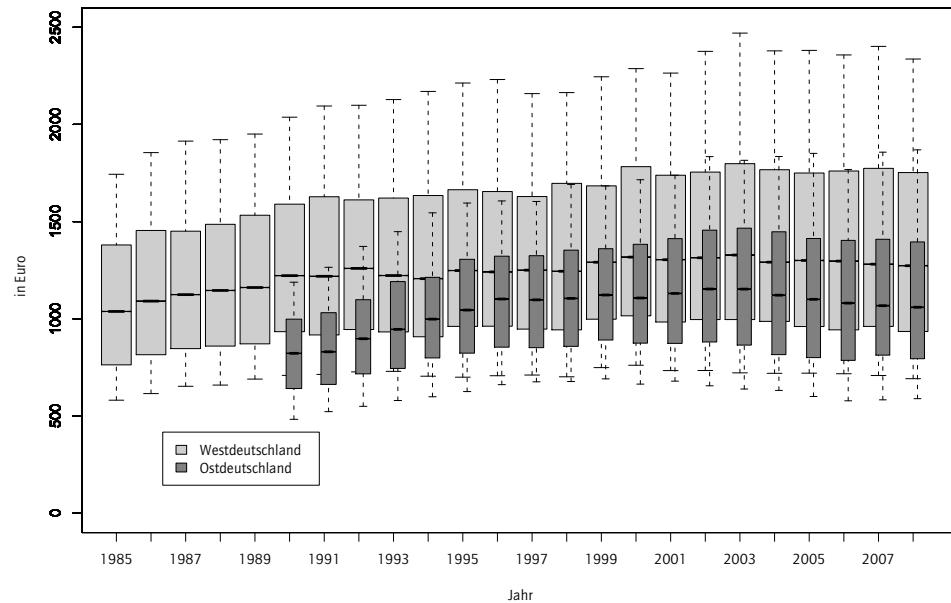
Angleichung der Einkommensverteilungen in Ost- und Westdeutschland

Die Abstände der durchschnittlichen Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland sagen noch nichts darüber aus, wie sich die Verteilungen in beiden Landesteilen entwickelt haben. Dies lässt sich anhand der Entwicklung von verschiedenen Einkommensschwellen im mittleren, oberen und unteren Einkommensbereich dokumentieren. Für jedes Jahr werden dabei jeweils für West (seit 1985) und für Ost (seit 1990) getrennt die Schwellen der real verfügbaren Einkommen im unteren, mittleren und oberen Einkommensbereich als Boxplots dargestellt (Abbildung 1). Daraus lassen sich die Einkommensabstände zwischen Ost und West in den verschiedenen Einkommensbereichen direkt ablesen. Die Spannweite der Schwellenwerte gibt jeweils für Ost und West den Einkommensabstand zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen und damit das Ausmaß der Ungleichheit wieder. Die Breite der so genannten Boxplots zeigt den jeweiligen Bevölkerungsumfang an; die mittlere Linie der Blöcke stellt den Median dar, also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- beziehungsweise überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwellen wieder, die zusammen 50 Prozent der Bevölkerung mit mittlerem Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die so genannten Dezilsschwellen, die die jeweils reichsten beziehungsweise ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 Prozent der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 Prozent umfasst.

Danach hat sich die Verteilung der Realeinkommen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Verlauf der 90er Jahre schrittweise an die Entwicklung im Westen angeglichen. In Westdeutschland haben sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen langjährig erhöht, die Einkommensungleichheit ist also gestiegen. In Ostdeutschland wa-

Abbildung 1

Entwicklung der Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens¹



¹ Äquivalenzgewichtet nach der OECD-Skala, zu Preisen von 2005; bis 1997 erfolgt eine getrennte Anpassung der Preisentwicklung in Ost und West; 2008 vorläufige Daten.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

ren die Einkommen nach der Wende weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 90er Jahre erfolgte hier ein moderater Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den letzten Jahren ist die Ungleichheit wieder stärker gestiegen, ohne allerdings das höhere Ungleichheitsniveau der alten Länder zu erreichen. Auffallend ist dort die vergleichsweise geringere Differenzierung im oberen Einkommensegment. Im Jahr 2002 erreichen erstmalig mehr als zehn Prozent der Bevölkerung in den neuen Ländern ein Einkommen, das oberhalb der mittleren Einkommen im Westen lag. Die weit geringere Ungleichheit im oberen Einkommensbereich besteht ungeachtet der zu beobachtenden Prozesse der Einkommensangleichung zwischen Ost und West weiterhin fort.

Das Ausmaß der Einkommensungleichheit liegt in Westdeutschland – gemessen an anderen europäischen Ländern – im oberen Mittelfeld (sie ist höher als in Dänemark, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern und niedriger als in Großbritannien oder den süd- und osteuropäischen Ländern, vgl. OECD 2008). Im Vergleich dazu war die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland, der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik folgend, zur Zeit der Vereinigung ausgesprochen gering ausgeprägt. Diese Differenz hat sich im Zuge des Angleichungsprozesses als überaus beharrlich erwiesen und sich nur allmählich geändert.

Tabelle 2

Entwicklung der Einkommensanteile des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens¹

HH-Nettoeinkommen (Monat)		1990	1992	1997	2002	2007	2008 ²
Bevölkerungsschichtung		Westdeutschland					
Reichste	5 Prozent	12,4	11,7	12,2	12,8	13,1	12,9
Reichste	10 Prozent	20,7	20,0	20,6	21,4	22,0	21,8
Reichste	20 Prozent	34,5	34,0	34,6	35,8	36,4	36,2
Mittlere	50 Prozent	45,9	46,3	45,9	45,3	44,8	45,0
Ärmste	20 Prozent	10,1	10,1	10,0	9,4	9,3	9,3
Ärmste	10 Prozent	4,2	4,2	4,2	3,8	3,8	3,8
Ärmste	5 Prozent	1,7	1,7	1,8	1,5	1,6	1,6
Bevölkerungsschichtung		Ostdeutschland					
Reichste	5 Prozent	8,8	9,7	10,7	11,0	11,3	11,5
Reichste	10 Prozent	16,2	17,2	18,3	19,1	19,9	19,7
Reichste	20 Prozent	29,6	30,6	31,5	32,8	34,1	34,1
Mittlere	50 Prozent	49,1	48,1	47,8	47,3	46,5	46,4
Ärmste	20 Prozent	11,4	11,5	11,1	10,3	9,8	9,8
Ärmste	10 Prozent	4,9	4,8	4,7	4,3	4,1	4,1
Ärmste	5 Prozent	2,2	2,1	2,0	1,8	1,7	1,7

1 Äquivalenzgewichtet nach der OECD-Skala, zu Preisen von 2005; bis 1997 erfolgt eine getrennte Anpassung der Preisentwicklung in Ost und West. **2** Vorläufige Daten.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

Polarisierungstendenzen in Ost- und Westdeutschland

Ein einschlägiger Indikator zur Beschreibung der Einkommensungleichheit sind die Einkommensanteile, die ein bestimmter Teil der nach der Einkommenshöhe geordneten Bevölkerung innehat (Tabelle 2). In Westdeutschland verfügen die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung langjährig über einen Anteil am Gesamteinkommen von 12 bis 13 Prozent, den ärmsten fünf Prozent verbleibt hingegen lediglich ein Einkommensanteil um 1,5 bis 1,8 Prozent. Das obere Bevölkerungsquintil umfasst in Westdeutschland mehr als ein Drittel aller Einkommen, das untere Quintil hingegen um neun bis zehn Prozent. Im langjährigen Vergleich zeichnen sich in Westdeutschland deutliche Polarisierungstendenzen ab: Die Einkommensanteile der höheren Einkommensschichten nehmen langsam aber stetig zu, die Einkommensanteile der Bevölkerungsmitte bleiben weitgehend stabil oder sind tendenziell leicht rückläufig; bei den unteren Einkommensschichten gehen die Einkommensanteile indes langjährig zurück.

In Ostdeutschland zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. So verbuchten die wohlhabenden Einkommensschichten langjährig kontinuierliche Einkommenszuwächse, der Einkommensanteil der Bevölkerungsmitte ging von 49 Prozent auf 46 Prozent zurück, und die Einkommensanteile der von Niedrigeinkommen und Armut betroffenen Schichten sind ebenfalls langjährig gesunken. Infolge dieses Trends hat die Einkommensverteilung in Ostdeutschland nunmehr ein Muster erreicht, das nahezu dem in Westdeutschland zu Be-

Tabelle 3

Entwicklung der Einkommensungleichheit und Armutsintensität in Deutschland

HH-Nettoeinkommen (Monat) ¹	1990	1992	1997	2002	2007	2008 ²
Ungleichheit und Armut						
Deutschland						
Gini (0–100)	25,4	24,5	24,1	25,9	27,1	26,8
Armutsquote (FGT0)	11,7	10,5	11,0	12,7	13,6	13,3
Armutsintensität (1) (FGT1)	2,7	2,4	2,2	2,9	3,0	3,0
Armutsintensität (2) (FGT2)	0,9	0,9	0,7	1,0	1,0	1,0
Langzeitarmut (in Prozent)	–	5,4*	5,0	5,9	8,4	8,5
Westdeutschland						
Gini (0–100)	24,3	24,0	24,5	26,3	27,2	26,9
Armutsquote (FGT0)	7,1	7,7	10,2	11,8	12,2	11,8
Armutsintensität (1) (FGT1)	1,7	1,9	2,1	2,7	2,6	2,6
Armutsintensität (2) (FGT2)	0,6	0,7	0,7	1,0	0,9	0,9
Langzeitarmut (in Prozent)	4,4	3,8*	4,7	5,0	7,3	7,5
Ostdeutschland						
Gini (0–100)	18,2	19,1	20,2	22,2	24,1	24,2
Armutsquote (FGT0)	28,1	21,2	14,3	16,3	20,1	19,7
Armutsintensität (1) (FGT1)	6,3	4,4	2,7	3,6	4,8	4,8
Armutsintensität (2) (FGT2)	2,0	1,4	0,9	1,2	1,6	1,6
Langzeitarmut (in Prozent)	–	12,0 ¹	6,4	9,5	13,0	12,5

1 Äquivalenzgewichtet nach der OECD-Skala, zu Preisen von 2005; bis 1997 erfolgt eine getrennte Anpassung der Preisentwicklung in Ost und West. **2** Vorläufige Daten.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

ginn der 90er Jahre entspricht. Wie bereits beschrieben: Die aktuellen Einkommen sind in Ostdeutschland aber nach wie vor homogener verteilt als in den alten Bundesländern, was an der geringeren Differenzierung der Einkommen im oberen Einkommensbereich liegt. Im unteren Einkommensbereich lagen die Durchschnittseinkommen in Ost und West im Verlauf der 90er Jahre noch nahezu gleichauf. Je weiter man sich jedoch in der Einkommenschichtung nach oben bewegt, desto mehr vergrößert sich der relative Einkommensabstand (Krause und Habich 2000).

Dass sich die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in beiden Landesteilen langjährig deutlich erhöht hat – in Ostdeutschland etwas schneller als im Westen – zeigt auch der Gini-Koeffizient (Tabelle 3). Nach diesem Index hat sich die Einkommensungleichheit in Westdeutschland seit Beginn der 90er Jahre von 24,0 (hier in prozentbasierter Darstellung im Wertebereich 0–100) auf 26,9 erhöht; die Ungleichheit der Osteinkommen weist im selben Zeitraum einen Zuwachs von 18,2 auf 24,2 auf. Der Zuwachs an Ungleichheit erfolgte indes nicht kontinuierlich, sondern vollzog sich in Schüben (vgl. Goebel und Krause 2007).

Niedrigeinkommen und Armut

Niedrigeinkommens- und Armutsquoten indizieren eine unzureichende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, wie sie mit einem mittleren Einkommensniveau möglich wäre. Der hier verwendete Armutsbegriff beruht auf dem Konzept der relativen Armut und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Danach gilt als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt. Dieser im EU-Kontext auch als „Armutsrisiko“ bezeichnete Indikator ist der zentrale Indikator, der im Rahmen des Lissabon-Prozesses zur Bekämpfung von Armut in Europa als grundlegende Kenngröße europaweit ausgewiesen wird (Atkinson et al. 2002, Marlier et al. 2007). Darüber hinaus werden in Anlehnung an die im EU-Kontext verwendeten Laeken-Indizes auch die 40-Prozent-, 50-Prozent-, und 70-Prozent-Schwelle verwendet, um so die Intensität der materiellen Deprivation im Niedrigeinkommensbereich des „prekären Wohlstandes“ (Hübinger 1996) abzubilden.

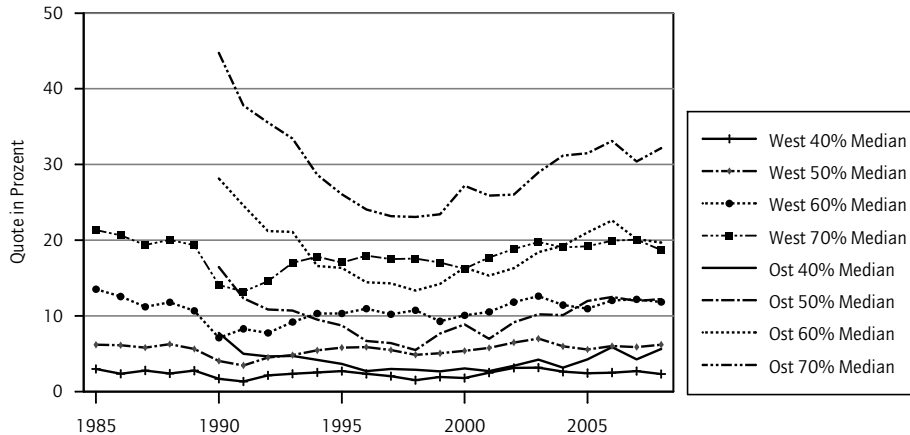
Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der verfügbaren Einkommen bei einem Verbraucherpreisniveau von 2005. Die auf dem Median basierenden Armutsquoten werden anhand der sogenannten FGT-Maße (nach Foster, Greere und Thorbeck 1984) weiter differenziert. Neben der Armutsquote, die den Umfang der Armutspopulation in Prozent ausweist (FGT0), werden weitere Kennziffern der Armutsintensität ausgewiesen. Die einfache Armutsintensität (FGT1) misst den durchschnittlichen prozentualen Abstand zur Armutsschwelle im Mittel der gesamten Bevölkerung. Die erweiterte Armutsintensität (FGT2) berücksichtigt zudem die Ungleichheit innerhalb der Armutbevölkerung und drückt eine zunehmende Sensitivität gegenüber den Ärmsten unter den Armen aus (vgl. Foster, Greere und Thorbeck 1984). Ein weiterer, ebenfalls im dem EU-Kontext genutzter Laeken-Indikator bildet die Dauer der Armut ab (Krause und Ritz 2006). Als dauerhaft arm gilt demnach, wer in einem Jahr von Armut betroffen ist und auch in mindestens zwei der drei vorausgehenden Jahre von Armut betroffen war.

Die gesamtdeutsche Armutsquote hat sich unmittelbar nach der Vereinigung infolge des starken Einkommensanstiegs in Ostdeutschland zunächst verringert, weist aber seit Ende der 90er Jahre einen stetigen Anstieg auf. Anhand der vorläufigen Zahlen von 2008 ergab sich zuletzt allerdings kein Anstieg der Armutspopulation mehr. Mit dem Anstieg der Armutsquote hat sich auch die Intensität der Armut langjährig erhöht. Sozialpolitisch bedenklich ist hierbei insbesondere die starke Zunahme der Langzeitarmut innerhalb der letzten sechs Jahre.

Infolge der Angleichung der Einkommensverteilung führen die auf einer gemeinsamen gesamtdeutschen Verteilung beruhenden Armutsziffern vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung zu stark differierenden Verlaufsmustern der Armutsentwicklung in Ost und West (Abbildung 2, vgl. auch Krause 1998a und 1998b). In Westdeutschland hatte die gesamtdeutsche Betrachtungsweise infolge der zunächst noch weit niedrigeren Osteinkommen zu einer relativen Verbesserung der Einkommenspositionen und einer Verringerung der Armut zur Folge – was ein statistischer Artefakt ist. Gegen Ende der 90er bis zu Beginn der 2000er Jahre haben sich nicht nur die Armutsbetroffenheit, sondern auch deren Intensität sowie der Anteil an Langzeitarmut in Westdeutschland erhöht. Die (vorläufigen) Zahlen von 2008 weisen derzeit keine weitere Verschärfung der Armutsziffern aus.

Abbildung 2

Entwicklung der Armuts- und Niedrigeinkommensquoten in Deutschland (monatliches HH-Nettoeinkommen)¹



¹ Äquivalenzgewichtet nach der OECD-Skala, zu Preisen von 2005; bis 1997 erfolgt eine getrennte Anpassung der Preisentwicklung in Ost und West; 2008 vorläufige Daten.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

In Ostdeutschland waren infolge der gesamtdeutschen Einkommensbetrachtung und der noch großen Einkommensunterschiede zum Zeitpunkt der Vereinigung die ausgewiesenen Armutsquoten wie auch die Angaben zur Armutsintensität sehr hoch. Mit dem starken Einkommensanstieg im Laufe der 90er Jahre haben sich auch die Armutsquoten deutlich verringert. Seit Beginn dieses Jahrzehnts ist jedoch ein überproportionaler Anstieg der Armutsrisiken in der ostdeutschen Bevölkerung zu beobachten, der mit einer starken Zunahme der sozialpolitisch besonders bedeutsamen Armutsintensität und Langzeitarmut verbunden ist (vgl. Goebel, Krause und Zaehle 2007). Für die aktuelle Entwicklung gibt es indes anhand der vorläufigen Daten von 2008 derzeit auch in Ostdeutschland keine Hinweise auf eine weitere Verschärfung des Armutsrisikos. Rückblickend zeigt sich dort bei allen Schwellenwerten ein u-förmiger Verlauf mit sehr hohen Niedrigeinkommens- und Armutsquoten zu Beginn der Vereinigung. Danach ergibt sich für eine Zeit lang ein deutliches Absinken dieser Quoten, das allerdings bereits sieben Jahre nach der Wiedervereinigung zum Erliegen kommt.

3 Subjektive Indikatoren – Zufriedenheiten und Sorgen

In den Jahren nach der Vereinigung im Jahr 1990 haben sich in Ostdeutschland nicht nur die verfügbaren Einkommen, sondern auch viele andere objektive Lebensbedingungen einschließlich deren institutioneller Regelungen grundlegend verändert (vgl. Habich 1999, Zapf und Habich 1999, Zapf et al. 2002). Dabei zeigen sich in den ersten Jahren nach der Vereinigung in Ostdeutschland bei vielen Lebensbereichen zunächst subjektiv stark empfundene Wohlfahrtseinbußen, die zum Teil erst schrittweise nach Anpassung an die neuen Gegebenheiten überwunden werden. Im Ergebnis lassen sich so für viele Indikatoren im Ost-West-Vergleich in den ersten Jahren nach der Wende stark divergierende Entwicklungen ablesen, die dann ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre in gleichförmige Entwick-

lungen mit Niveauverschiebungen oder meist langsamen Angleichungs- oder auch Diversifikationstendenzen münden.

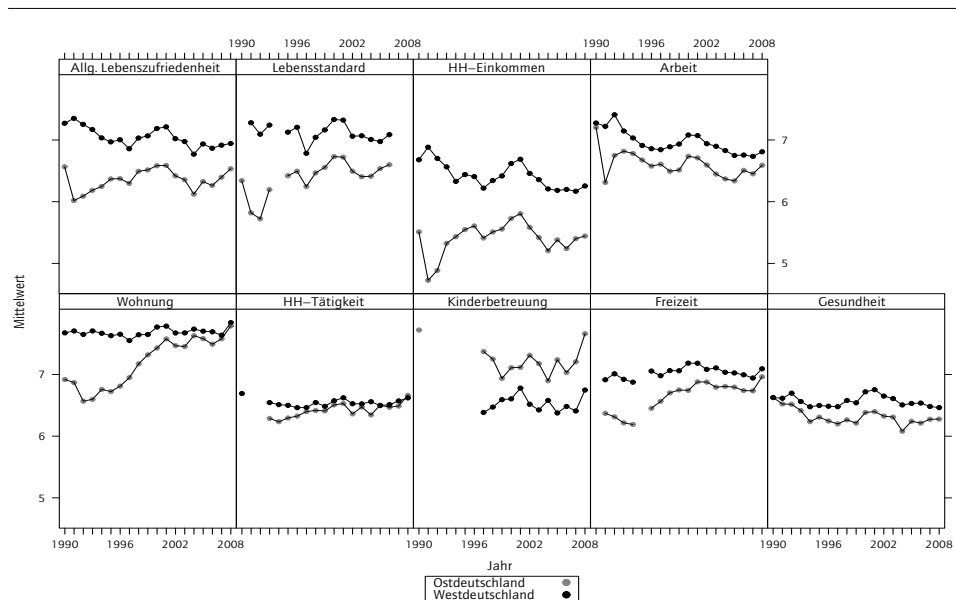
Allgemeine Lebenszufriedenheit und Bereichszufriedenheiten

Die bilanzierende subjektive Bewertung aller Lebensumstände in Form der allgemeinen Lebenszufriedenheit weist in Ostdeutschland in Folge der abrupten Veränderung der Lebensbedingungen unmittelbar nach der Vereinigung zunächst einen Einbruch auf, dem im weiteren Verlauf der 90er Jahre zwar eine schrittweise Besserung folgte, ohne jedoch jemals das höhere Zufriedenheitsniveau in Westdeutschland zu erreichen (Abbildung 3). Nach einer Phase des parallelen Verlaufs hat sich in den letzten Jahren die Zufriedenheitsdifferenz zwischen Ost und West im Mittel der Bevölkerung wieder etwas verringert.

Eine in Ostdeutschland geringere Zufriedenheit ist in der ersten Hälfte der 90er Jahre bei dem Lebensstandard, dem Haushaltseinkommen und bei der Arbeit zu beobachten.¹¹ Der weitere Ost-West-Verlauf der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard folgt dem der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen sind die Ost-West-Unterschiede stärker ausgeprägt – dem Trend der Einkommen folgend jedoch zuletzt ohne weitere Ost-West-Annäherung. Die Zufriedenheit mit der Arbeit ist in

Abbildung 3

Verlauf der allgemeinen Lebenszufriedenheit und der Bereichszufriedenheit¹



¹ 2008 vorläufige Daten.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

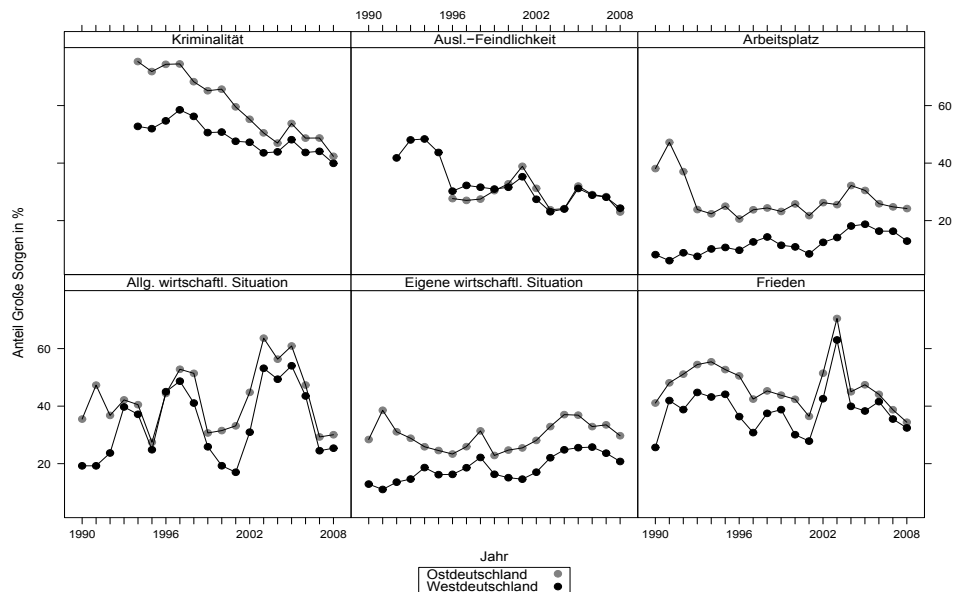
¹¹ Die Messung der Zufriedenheit mit der Haushaltstätigkeit wurde in Ostdeutschland erst 1993 eingeführt, daher kann bei diesem Bereich keine Aussage über die Entwicklung direkt nach der Wiedervereinigung gemacht werden.

beiden Landesteilen gleichlaufend und langfristig gesunken – der wellenförmige Verlauf weist durchgehend in Ostdeutschland niedrigere Bewertungsniveaus aus. Lebensstandard, Haushaltseinkommen und Arbeit werden somit im Mittel in Ost auch 20 Jahre nach dem Mauerfall noch schlechter bewertet als im Westen.

Die Zufriedenheit mit der Wohnung wies zu Beginn der 90er Jahre in Ostdeutschland wenig überraschend deutlich niedrigere Werte auf als im Westen. Mit dem Angleichen der Wohnstandards hat sich in Ostdeutschland die Wohnzufriedenheit kontinuierlich erhöht und liegt jetzt auf hohem Niveau gleichauf mit den Westwerten. Ebenfalls gleichauf liegt die Zufriedenheit mit der Haushaltstätigkeit. Die Zufriedenheit mit den Betreuungsmöglichkeiten von Vorschulkindern war und ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Ähnlich wie die Wohnung war die Zufriedenheit mit den Freizeitmöglichkeiten in Ostdeutschland zunächst erheblich niedriger – auch hier haben sich die Bewertungsniveaus von Ost und West inzwischen weitgehend angeglichen. Einen umgekehrten Verlauf weist die Zufriedenheit mit der Gesundheit auf: Sie lag zum Zeitpunkt der Vereinigung in Ost und West gleichauf, ist aber seit der Vereinigung eher gesunken – mit stärkeren Einbußen bei der Gesundheitszufriedenheit in der ostdeutschen Bevölkerung.¹²

Abbildung 4

Verlauf der Sorgen in öffentlichen und privaten Bereichen¹



1 2008 vorläufige Daten.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

12 Die nachlassende Zufriedenheit mit der Gesundheit bleibt auch nach multivariater Kontrolle soziodemografischer Charakteristika erhalten. Insbesondere Arbeitslosigkeit weist hierbei einen signifikant negativen Einfluss aus. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die Lebenserwartung in Ostdeutschland nach der Vereinigung gestiegen ist.

Sorgen um öffentliche und private Bereiche

Ähnlich heterogene Verläufe zeigen sich auch bei den Sorgen, mit entsprechend zumeist höheren Anteilen an großen Sorgen in der ostdeutschen Bevölkerung (Abbildung 4). Die Sorgen um die Kriminalität waren in Ostdeutschland zunächst (ab 1994 erhoben) weit höher als in Westdeutschland; diese sind im weiteren Verlauf sukzessive gesunken – in Ost stärker als in West –, und weisen inzwischen kaum mehr Ost-West-Unterschiede auf. Auch Sorgen um Ausländerfeindlichkeit sind gesunken; sie zeigen langjährig einen schwankenden Verlauf – ohne erkennbare Ost-West-Unterschiede. Die Sorgen um den Arbeitsplatz (von erwerbstätigen Personen) sind unmittelbar nach der Wende in Ostdeutschland stark gesunken, sind aber seit Mitte der 90er Jahre ohne weitere nennenswerte Annäherung weiterhin ausgeprägter als im Westen.

Der Bevölkerungsanteil mit großen Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung folgt weitgehend den tatsächlichen Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ost und West. Allerdings ist insbesondere ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Besorgnis in der ostdeutschen Bevölkerung etwas höher als in Westdeutschland und der Anteil derjenigen mit großen Sorgen verringert sich in wirtschaftlichen Aufschwungphasen im Osten vergleichsweise wenig. Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation haben in beiden Landesteilen etwa parallel zugenommen. Ähnlich wie bei den Sorgen um den Arbeitsplatz sind auch hier die Befürchtungen der Ostdeutschen nach wie vor ausgeprägter. Die Sorgen um den Erhalt des Friedens weisen langjährig in Ost- und Westdeutschland einen kurvilinearen Verlauf auf, mit ansteigenden Anteilen nach der Wende, einem Rückgang bis zur Terror-Attake im Jahr 2001, einem abrupten sprunghaften Anstieg in den darauf folgenden zwei Jahren, einem sprunghaften Rückgang im Jahr 2004, und einem weiteren, gemächlicheren Absinken in den letzten Jahren – zuletzt ohne nennenswerte Ost-West-Unterschiede.

4 Einkommen und Zufriedenheit – Anpassungsprozesse nach der Vereinigung

Die deskriptiven Analysen oben weisen für das Einkommen wie auch bezüglich einiger subjektiver Indikatoren insbesondere in der ersten Hälfte der 90er Jahre beachtenswerte Angleichungsfortschritte zwischen Ost und West auf, die sich allerdings im weiteren Verlauf zumeist verlangsamen. Bei einzelnen Indikatoren sind inzwischen keine Ost-West-Unterschiede mehr zu erkennen, bei anderen scheint sich der Abstand zwischen Ost und West eher wieder vergrößert zu haben. Das könnte auf Unterschiede bei soziodemografischen Merkmalen zurückzuführen sein, wie bei Alter und Familienstand beziehungsweise Haushaltstyp, hinsichtlich des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund, beim Erwerbs- oder beim Bildungsstatus, oder auf Unterschiede der regionalen Struktur. Inwieweit nach Kontrolle solcher soziodemografischen Faktoren die Ost-West-Unterschiede bestehen bleiben, geht aus den Ergebnissen multivariater Regressionsanalysen hervor. Dazu werden für jeden einzelnen Indikator dieselben soziodemografischen Kovariaten über die Zeit kontrolliert. Der verbleibende Haupteffekt der Dummy-Variable „Ost im Vergleich zu West“ indiziert das verbleibende Ausmaß an regionaler Divergenz nach Kontrolle der durch soziodemografische Strukturunterschiede hervorgerufenen Mittelwertdivergenzen. Die Regression wird für die Indikatoren Haushaltsnettoeinkommen (logarithmiert) und

Tabelle 4

Ost-West-Unterschiede bei Haushaltseinkommen und allgemeiner Lebenszufriedenheit (OLS-Regression)

	HH-Nettoeinkommen		Allgemeine Lebenszufriedenheit	
	1992	2007	1992	2007
Region_Ost	-0,348***	-0,217***	-0,872***	-0,263***
Sex_weiblich	0,020**	0,048***	-0,006	0,237***
Alter	0,004***	0,005***	-0,034***	-0,063***
Alter ²	-0,000***	-0,000	0,000***	0,001***
Nationalität_ausl.	-0,129***	-0,134***	-0,072	-0,058
Erwerbsstatus				
[1] VZ erwerbstätig				
2 TZ erwerbstätig	-0,066***	-0,122***	0,051	-0,085
3 Geringf. erwerb	-0,159***	-0,300***	0,252*	-0,139+
4 Arbeitslos	-0,396***	-0,539***	-0,874***	-0,944***
5 In Ausbildung	-0,161***	-0,131***	0,082	-0,108
6 Nicht erwerbstätig	-0,219***	-0,260***	-0,076	-0,045
Bildung (in Jahren)	0,045***	0,062***	-0,017*	0,012*
Alter.jüngstes.Kind	0,005***	0,002*	-0,000	-0,010**
HH.Einkommen (ln)			0,677***	0,778***
Haushaltsgröße	-0,010*	-0,028***	0,006	0,162***
Haushaltstyp				
[1] Single HH				
2 Partner HH	0,170***	0,233***	0,174***	0,061
3 Familien HH	-0,038	0,096***	0,185*	0,052
4 EinEltern HH	-0,351***	-0,207***	-0,212	-0,104
5 PostFam HH	0,034	0,134***	-0,040	-0,037
6 Sonst. HH	0,115***	0,048	-0,298*	-0,539***
Gemeindegrößenklasse				
[1] <2 000 Ew				
2 2–20 000 Ew	0,027*	0,054***	-0,070	0,118*
3 20–100 000 Ew	0,044**	0,036**	-0,045	0,119*
4 100–500 000 Ew	0,071*** ³	0,027	-0,180**	0,102
5 500 000 u. m. Ew	0,103***	0,078***	-0,116	0,228***
Konstante	6,561***	6,292***	3,424***	2,288***
N	12 681	17 036	12 606	16 946
R²	0,303	0,348	0,116	0,111
Korrig. R²	0,301	0,347	0,115	0,110

Signifikanzniveau: * < 0,1, ** < 0,05, *** < 0,01.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

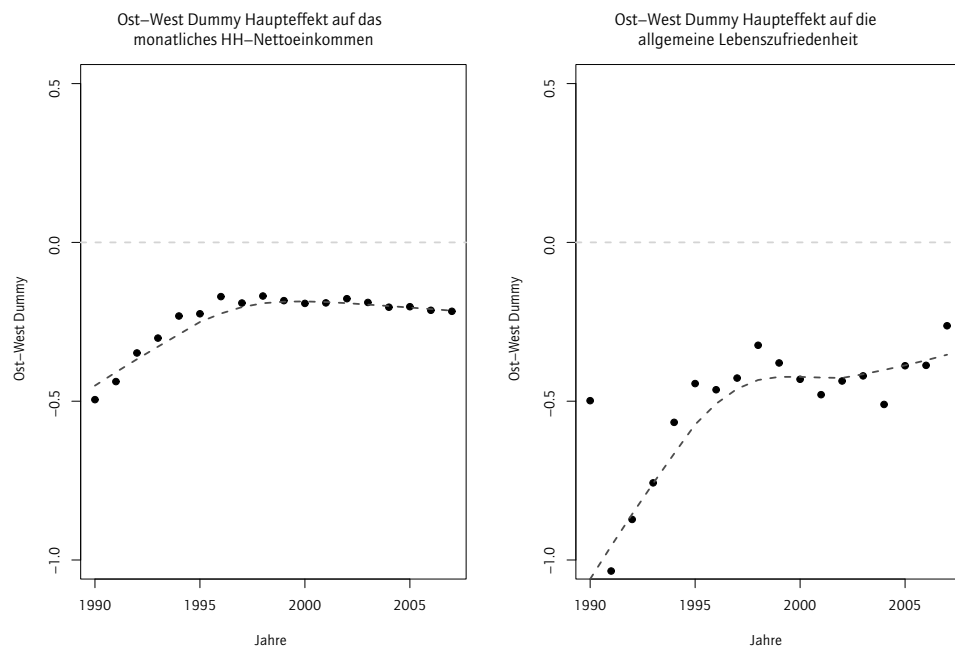
allgemeine Lebenszufriedenheit zunächst für ein Jahr kurz nach der Vereinigung (1992) und für das Jahr 2007 durchgeführt (Tabelle 4).

Sowohl für das Haushaltsnettoeinkommen als auch für die allgemeine Lebenszufriedenheit ergeben sich jeweils für Ostdeutschland signifikant niedrigere Werte, die sich nicht auf die kontrollierten soziodemografischen Unterschiede zurückführen lassen. Bei beiden Indikatoren sind aber auch insofern Anpassungsfortschritte zu verzeichnen, als das Ausmaß der Ost-West-Effekte im Jahr 2007 deutlich niedriger war als im Jahr 1992. Aus den auch im Jahr 2007 noch immer signifikanten Regions-Effekten geht hervor, dass die Angleichungsprozesse bezüglich des Wohlstandsniveaus und der allgemeinen Lebenszufriedenheit noch immer nicht abgeschlossen sind.

Betrachtet man den Einfluss der weiteren Kovariaten zunächst für das *Haushaltseinkommen*, so zeigen sich im Jahr 2007 gegenüber 1992 stärkere Arbeitsmarkteinflüsse (die Effekte von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auf das Haushaltseinkommen sind gestiegen), ein gewachsener Einfluss der Bildung und eine stärkere Differenzierung der Einkommen je nach Haushaltstyp (höhere positive Einkommenseffekte von Partnerhaushalten, Familienhaushalten und Haushalten mit Kindern im erwachsenen Alter im Vergleich zu Singlehaushalten). Bezüglich der *allgemeinen Lebenszufriedenheit*

Abbildung 5

Verlauf der Angleichung bei Haushaltseinkommen und allgemeiner Lebenszufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland (OLS-Regression)¹



¹ Weitere Kovariaten vgl. Tabelle 4; 2008 vorläufige Daten.

Quellen: SOEP, eigene Berechnungen.

denheit hat sich der negative Einfluss der Arbeitslosigkeit weiter verstärkt und der positive Zusammenhang mit Bildung und dem Wohlstandsniveau erhöht. In 2007 zeigt sich auch ein signifikanter Unterschied in der Lebenszufriedenheit zwischen Männern und Frauen – mit einer höheren Zufriedenheit bei den Frauen.

In Abbildung 5 sind die Werte des Ost-West-Dummys der Regressionsanalysen für alle Jahre des Beobachtungszeitraums abgetragen. So sind bis Mitte der 90er Jahre bezüglich des *Haushaltseinkommens* (Abbildung 5, linker Teil) starke Angleichungsfortschritte zu verzeichnen, denn die Effektstärke des geschätzten Koeffizienten für einen Ost-West-Unterschied verringert sich über die Zeit. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre verlangsamt sich diese Entwicklung allerdings deutlich. Ab Ende der 90er Jahre nahmen die Wohlfandsdifferenzen zwischen Ost und West tendenziell zu. Die *allgemeine Lebenszufriedenheit* (Abbildung 5, rechter Teil) hat sich bis Mitte der 90er Jahre zunächst schnell an das Westniveau angenähert; in den folgenden zehn Jahren sind zunächst insgesamt keine Anpassungsfortschritte erfolgt, in den letzten Jahren zeichnet sich indes wiederum eine langsame weitere Verringerung der noch verbliebenen Zufriedenheitsdifferenzen ab.

Für die materiellen Lebensbedingungen und deren subjektive Bewertungen sind im Verlauf der 90er Jahre zunächst deutliche Aufholprozesse zu beobachten, ausgehend von einem niedrigeren Bewertungsniveau in Ostdeutschland. Ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre bis zu Beginn des neuen Dezenniums verlangsamt sich der Angleichungsprozess und stagniert – beim Einkommen ist in dieser Phase sogar eine neuerliche Zunahme der Ost-West-Differenzen zu beobachten. Nach wie vor bestehen hinsichtlich der Einkommen wie auch hinsichtlich der allgemeinen subjektiven Bewertungen negative Ost-West-Differenzen fort, die sich auch in absehbarer Zeit sicherlich nicht schnell auflösen werden.

5 Die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland

Die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern haben sich auch in anderen wohlfahrtsrelevanten Bereichen noch keineswegs eingeebnet. Dies dokumentiert sich darin, wie bestimmte gesellschaftliche Gegebenheiten wahrgenommen werden. Damit ist die dritte genannte Dimension von Wohlfahrt angesprochen: die „Qualität von Gesellschaft“. Auch diese Dimension hat „objektive“ und „subjektive“ Komponenten – objektiv auf der Aggregatebene, auf der zum Beispiel die Kriminalitätsbelastung oder die Lebenserwartung gemessen werden kann, subjektiv auf der individuellen Ebene, wenn individuelle Bewertungen über die soziale Umwelt erhoben werden.

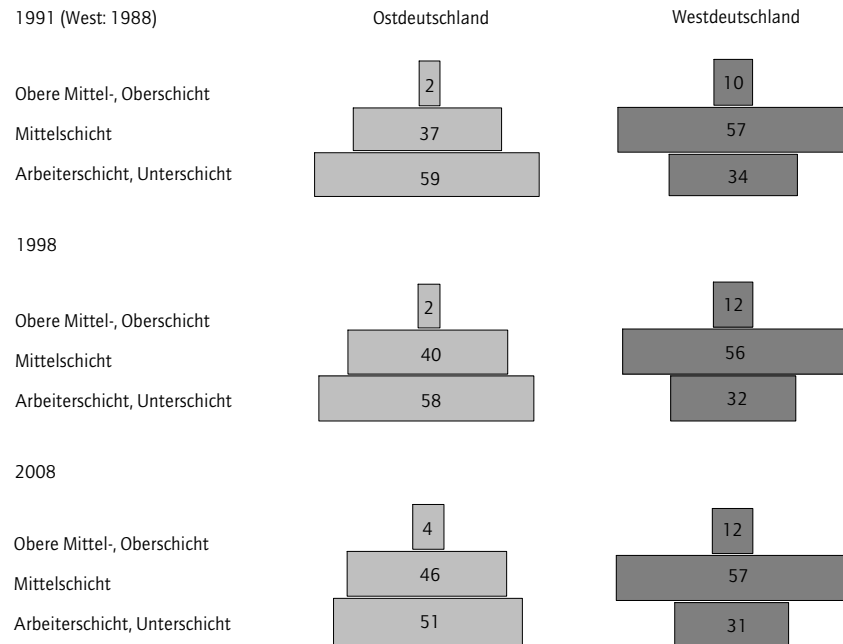
Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West zeigen sich beispielsweise in der *subjektiven Schichteinstufung* (vgl. Habich und Noll 2008), darin, inwieweit man glaubt, seinen *gerechten Anteil an der Verteilung des Wohlstands* der Gesellschaft zu erhalten (Scheuer 2008) oder in der Wahrnehmung von *Konflikten* zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft (vgl. Delhey 2000).

Die Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, geben vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher

Abbildung 6

Subjektive Schichteinstufung in Deutschland

In Prozent



Quellen: Allbus (1980–2006) kumuliert, (2008), eigene Berechnungen.

Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben partizipieren (vgl. Noll 1998). Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung qua Selbsteinstufung waren und sind noch eklatant (Abbildung 6). Während sich für die neuen Bundesländer eine pyramidenförmige Schichtstruktur mit einer breiten Basis ergibt, wie sie für Arbeitergesellschaften charakteristisch ist, weist die Verteilung in den alten Bundesländern die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft auf. Der Zeitvergleich (1991–1998–2008) macht darüber hinaus deutlich, dass sich diese unterschiedlichen Bilder der Selbstwahrnehmung innerhalb der Gesellschaft trotz aller objektiven Veränderungen in Ostdeutschland nur langsam angleichen.

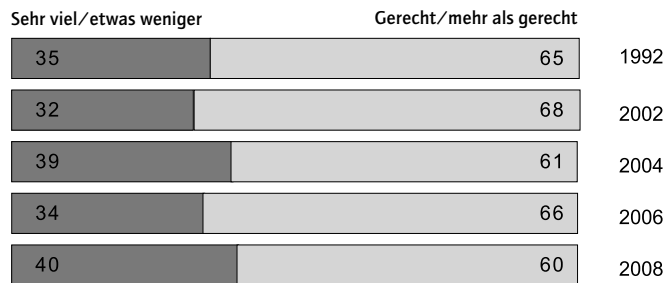
Im Jahr 2008 identifiziert sich noch eine knappe Mehrheit der Bevölkerung in Ostdeutschland mit der Arbeiterschicht; 1991 lag der Anteil bei 59 Prozent. Inzwischen ordnen sich 46 Prozent der Befragten der Mittelschicht zu – ein Anstieg um neun Prozentpunkte seit 1991. In Westdeutschland betrachten sich dagegen 2008 wie bereits 1998 und 1991 um die 30 Prozent aller Bürger zur Arbeiterschicht zugehörig, und mehr als jeder Zweite identifiziert sich mit der Mittelschicht. Auch der Anteil derjenigen, die sich zur oberen Mittelschicht und der Oberschicht zurechnen, ist im Westen mit gegenwärtig 12 Prozent erheblich größer als im Osten, wo sich lediglich zwei bis vier Prozent der gesellschaftlichen „Elite“ zuordnen. Im zeitlichen Verlauf hat sich die wahrgenommene Zugehörigkeit

Abbildung 7

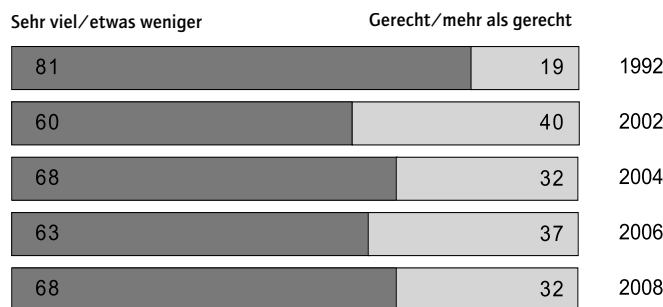
Gerechtigkeitsbewertung – „Eigener Anteil“ an der Verteilung des Wohlstands

In Prozent

Westdeutschland



Ostdeutschland



Quellen: Allbus 1992, 2002, 2004, 2006, 2008, eigene Berechnungen.

zur Mittelschicht in Ostdeutschland nur langsam verbreitert.¹³ Sie liegt weiterhin um elf Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland. In der Wahrnehmung der Bevölkerung findet im Osten wie im Westen die aktuelle Debatte um die Schrumpfung der Mittelschicht keine Bestätigung.

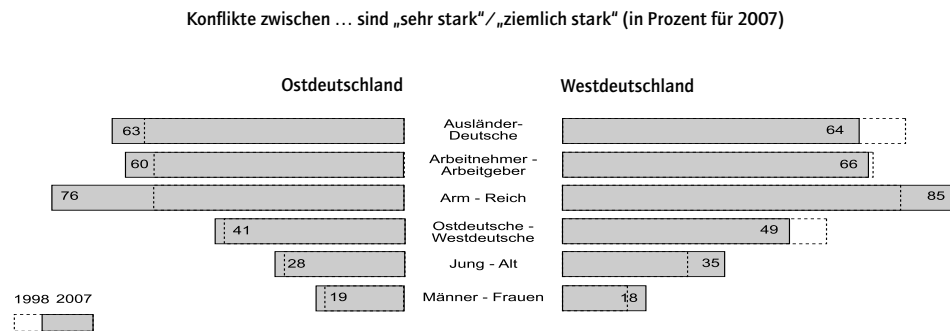
Die subjektive Schichteinstufung hängt unter anderem auch von den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. In Ost- und Westdeutschland ist ein weitgehend ähnlicher Zusammenhang zwischen subjektiver Schichteinstufung und dem sozioökonomischen Status zu finden. Weitere Analysen belegen, dass sich Ostdeutsche über alle sozioökonomischen Statuslagen hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht iden-

13 Auswertungen objektiver Schichtungsvariablen wie den Erikson-Golthorpe-Prestigescore (EGP) weisen für Ostdeutschland einen weit höheren Anteil der „oberen und mittleren Ränge der Dienstklasse“ als Indikator der Oberschicht aus, der im zeitlichen Verlauf etwas abnimmt. Der Umfang der Arbeiterschicht (Facharbeiter, un-, angelernte Arbeiter, Landarbeiter) sinkt von über 50 Prozent (1990) auf 36 Prozent (2007) – und liegt inzwischen nur mehr geringfügig höher als in Westdeutschland (2007: 32 Prozent); der Bevölkerungsanteil, der der Mittelschicht zuzuordnen ist, steigt von 36 Prozent auf 54 Prozent (West 2007: 55 Prozent). Bei dieser an den Berufen orientierten Darstellung sind Arbeitslose, Nichterwerbstätige und Rentempfänger allerdings nicht einbezogen.

Abbildung 8

Konfliktwahrnehmung 1998 und 2007

In Prozent



Quellen: Wohlfahrtssurvey 1998, Politbarometer 2007, eigene Berechnungen.

tifizieren. Dies macht deutlich, dass diese Differenzen nicht allein durch die noch immer bestehende unterschiedliche Verteilung in den Statuskategorien erklärt werden können. Vielmehr stuft sich die ostdeutsche Bevölkerung auch deshalb innerhalb des Schichtungsgefüges insgesamt sozial niedriger ein. Woran das liegt, ist eine offene Frage. Vermutlich spielt die Sozialisation in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen eine Rolle.

Über das Ausmaß der relativen Deprivation in Ostdeutschland geben die Befunde zur Frage Auskunft, ob und inwieweit man glaubt, den „gerechten Anteil an der Verteilung des Wohlstandes“ zu erhalten. Zu Beginn der 90er Jahre äußerten noch mehr als acht von zehn ostdeutschen Bürgern die Meinung, sie würden „sehr viel oder etwas weniger“ als den ihnen eigentlich zustehenden Anteil erhalten. In Westdeutschland dagegen lag der entsprechende Anteil bei lediglich 35 Prozent (Abbildung 7). Zehn Jahre später schien ein beachtlicher Teil dieser „Gerechtigkeitslücke“ zwischen Ost und West geschlossen zu sein – der Anteil derjenigen Ostdeutschen, die ihren Anteil am Wohlstand als gerecht empfinden, hatte sich auf 40 Prozent mehr als verdoppelt. Inzwischen wird das Thema der sozialen Gerechtigkeit allerdings wieder kritischer gesehen, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Im Jahre 2008 fühlen sich mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen und vier von zehn Westdeutschen bezüglich ihres Anteils am Wohlstand als ungerecht behandelt.

Moderne, demokratische Gesellschaften zeichnen sich durch eine geregelte Austragung von Interessengegensätzen aus; Konflikte zwischen verschiedenen sozialen Gruppen gehören deshalb zur Normalität (Abbildung 8). Wenn allerdings innerhalb der Bevölkerung einer Gesellschaft sehr starke Konflikte zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, etwa zwischen Ausländern und Einheimischen oder zwischen Männern und Frauen wahrgenommen werden, kann dies durchaus ein Problem anzeigen. In Westdeutschland hat die Konfliktwahrnehmung gegenüber 1998 bei allen hier erfassten Aspekten zugenommen, im Osten werden auf manchen Feldern stärker Konflikte wahrgenommen, bei manchen sozialen Gegebenheiten ist das weniger als früher der Fall.

Im Jahr 2007 wird in beiden Landesteilen der Unterschied zwischen „Arm und Reich“ als der mit großem Abstand stärkste Interessengegensatz in unserer Gesellschaft wahrgenommen. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit hat im Vergleich zu früheren Jahren noch weiter an Bedeutung gewonnen. Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie zwischen Ausländern und Deutschen werden in beiden Landesteilen von nahezu zwei Dritteln der Bevölkerung als „stark“ bewertet. Bemerkenswert ist, dass der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen von knapp der Hälfte der Bevölkerung als relevant eingeschätzt wird und in Ostdeutschland selbst im Vergleich zu 1998 in der Wahrnehmung der Bürger an Bedeutung verloren hat. Im Hinblick darauf, dass hier im Prinzip die „gleiche“ Gesellschaft bewertet wird, sind die beobachtbaren Unterschiede durchaus bemerkenswert.

6 Zusammenfassung und Fazit – Einkommen und Wohlfahrt in Deutschland

Befunde über die Entwicklung des Einkommensniveaus sind unbestritten grundlegende und notwendige Informationen über den Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland. Sie informieren über die finanziellen Ressourcen, die den Mitgliedern der Privathaushalte zur Verfügung stehen, um einen angemessenen Lebensstandard realisieren zu können. Einkommensangaben reichen allerdings nicht aus, um feststellen zu können, ob eine solche Realisierung gelungen ist oder noch nicht (vgl. Böhnke und Delhey 1999, Böhnke und Delhey 2000). Darüber können letztlich nur die Betroffenen selbst berichten, indem sie ihre entsprechenden Ansprüche und ihre darauf bezogenen subjektiven Bewertungen (Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit verschiedenen Aspekten ihres Lebens) äußern. Die verwendeten subjektiven Indikatoren aus dem SOEP nehmen darauf explizit Bezug (vgl. Böhnke und Delhey 2001).

Auch nach Berücksichtigung der zunächst stark steigenden Lebenshaltungskosten zeigen sich für Ostdeutschland bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre hinein kräftige materielle Wohlstandsgewinne, die zu einer deutlichen Annäherung der Wohlstandsniveaus in Ost und West geführt haben. Im Zuge dessen hat sich der Einkommensabstand zwischen Ost und West deutlich verringert. Nach dem konjunkturellen Einbruch von 2001 waren indes die ostdeutschen Einkommen überproportional von einem Rückgang betroffen, sodass sich der relative Einkommensabstand zwischen Ost und West zuletzt erhöht hat.

Charakteristisch für die ostdeutschen Einkommen ist die relativ gleichförmige Verteilung und die geringe Ungleichheit. Insbesondere besteht eine im Vergleich zum Westen geringe Spreizung im oberen Einkommensbereich.

Deutlich zeigt sich in Westdeutschland über die Zeit eine mehr oder minder stetige Zunahme der Bevölkerungsanteile mit Niedrigeinkommen und mit Armut. Im Vergleich dazu weist die Betroffenheit von Niedrigeinkommen und Armut in Ostdeutschland einen u-förmigen Verlauf auf mit sehr hohen Niedrigeinkommens- und Armutsquoten zu Beginn der Vereinigung aufgrund des zunächst noch weit niedrigeren Einkommensniveaus im Vergleich zu Westdeutschland. Mit der zunehmenden Angleichung der Einkommen ergibt sich ein deutliches Absinken dieser Quoten, das allerdings in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zum Erliegen kommt. Im Zuge der stärkeren Betroffenheit von wirtschaftlichen Ein-

brüchen sind die Niedrigeinkommens- und Armutsquoten in Ostdeutschland nach 2000 jedoch gestiegen – und zwar stärker als im Westen.

Die bilanzierende subjektive Bewertung aller Lebensumstände in Form der allgemeinen Lebenszufriedenheit weist in Ostdeutschland in Folge der abrupten Veränderung der Lebensbedingungen unmittelbar nach der Vereinigung zunächst einen Einbruch auf, dem dann im weiteren Verlauf der 90er Jahre zwar eine schrittweise Erhöhung folgte, ohne jedoch das höhere Zufriedenheitsniveau in Westdeutschland zu erreichen. In den letzten Jahren hat sich die Zufriedenheitsdifferenz zwischen Ost und West im Mittel der Bevölkerung weiter verringert.

Heterogene Verläufe zeigen sich auch bei Betrachtung der negativen Dimensionen subjektiven Wohlbefindens – den Sorgen, mit meist höheren Anteilen an Personen mit großen Sorgen in der ostdeutschen Bevölkerung. Die häufigen Sorgen um den Arbeitsplatz sind unmittelbar nach der Wende in Ostdeutschland zunächst stark gesunken, liegen aber seit Mitte der 90er Jahre ohne weitere nennenswerte Annäherung weiterhin deutlich höher als im Westen.

Bis Mitte der 90er Jahre sind hinsichtlich der *Haushaltseinkommen* wie auch mit Blick auf die *allgemeinen Lebenszufriedenheit* bei statistischer Berücksichtigung soziodemografischer Differenzen starke Angleichungsfortschritte zu verzeichnen. Ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre verlangsamt sich diese Entwicklung allerdings deutlich. Seit Ende der 90er Jahre nehmen die Einkommensdifferenzen zwischen Ost und West tendenziell sogar wieder zu. Für die *allgemeine Lebenszufriedenheit* zeichnet sich indes in den letzten Jahren wiederum eine langsame weitere Verringerung der noch verbliebenen Zufriedenheitsdifferenzen ab. Nach wie vor bestehen also hinsichtlich der Einkommen wie auch hinsichtlich der allgemeinen subjektiven Bewertungen signifikant-negative Ost-West-Differenzen fort.

Deutliche Unterschiede zeigen sich weiterhin auch in der *subjektiven Schichtestufung*, darin, inwieweit man glaubt, seinen *gerechten Anteil an der Verteilung des Wohlstands* der Gesellschaft zu erhalten oder in der Wahrnehmung von *Konflikten* zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Der langjährige Zeitvergleich macht hierbei deutlich, dass sich diese unterschiedlichen Bilder der Selbsteinstufung innerhalb des sozialen Gefüges und der Wahrnehmung der Gesellschaft trotz aller objektiven Veränderungen zwischen Ost und West nur langsam angleichen.

In Ostdeutschland scheint auch das Gefühl der relativen Deprivation noch weiter verbreitet zu sein – dies geht aus Befunden zur Frage nach dem „*gerechten Anteil an der Verteilung des Wohlstandes*“ hervor. Demnach fühlen sich derzeit mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen und vier von zehn Westdeutschen bezüglich ihres Anteils am Wohlstand als ungerecht behandelt.

In Ost- und in Westdeutschland werden Konfliktpotentiale zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen inzwischen vergleichsweise ähnlich bewertet. Bemerkenswert ist, dass der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen von knapp der Hälfte der Bevölkerung noch als relevant eingeschätzt wird und in Ostdeutschland langjährig in der Wahrnehmung der Bürger an Bedeutung verloren hat. Die Wahrnehmung der „gemeinsamen“ deutschen

Gesellschaft weist so im Ganzen zwar deutliche Angleichungsfortschritte auf, unterscheidet sich in Teilen aber noch erheblich.

Die Wohlstandsentwicklung und deren Bewertung, die Indikatoren, die die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft beschreiben und die soziodemografischen Differenzierungen erläutern die inneren Spannungen, die bei der sozialen Angleichung im Bundesgebiet zu bewältigen sind. Dass in Ostdeutschland angesichts der vielfältigen biografischen Umbrüche und den dabei ausgelösten Verunsicherungen trotz oder gerade wegen der objektiv wie subjektiv erfolgten Anpassungsleistungen vielerorts noch an stereotypen Werten und Orientierungen festgehalten wird, erscheint individuell nachvollziehbar. Gemeinsame biografische Erfahrungen auf der Grundlage gleicher Chancen können mittelfristig die sicherlich resistenten divergierenden Stereotype in den neuen wie auch in den alten Ländern aushöhlen und durch neue Werte und Perspektiven ersetzen. Dass auch diese neuen Bilder zukünftig nicht mehr durch Ost-West-Divergenzen charakterisiert sind, wird nicht unwesentlich von der Gewährleistung gleicher Chancen abhängen. Insofern kommt auch und gerade Verteilungsfragen im weiteren Anpassungsprozess nach wie vor eine besondere Bedeutung bei.

Literaturverzeichnis

- Atkinson, Antony B., Bea Cantillon, Eric Marlier und Nolan Brian (2002): *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*. Oxford, Oxford University Press.
- Böhnke, Petra und Jan Delhey (1999): *Lebensstandard und Armut im vereinten Deutschland*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Working Papers, FS III 99-408. Berlin.
- Böhnke, Petra und Jan Delhey (2000): Lebensstandard. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim: *Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn, 453–462.
- Böhnke, Petra und Jan Delhey (2001): Lebensstandard und Einkommensarmut. Plädoyer für eine erweiterte Armutforschung. In: Eva Barlösius und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hrsg.): *Die Armut der Gesellschaft*. Opladen, Leske + Budrich, 315–335.
- Delhey, Jan (2000): Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration. In: Statistisches Bundesamt (in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim) (Hrsg.): *Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn, 592–601.
- Foster, James, Joel Greer und Erik Thorbecke (1984): A Class of Decomposable Poverty Measures. *Econometrica*, 52 (3), 761–766.
- Frick, Joachim R., Stephen P. Jenkins, Dean R. Lillard, Oliver Lipps und Mark Wooden (2008): Die internationale Einbettung des Sozio-oekonomisches Panels (SOEP) im Rahmen des Cross-National Equivalent File (CNEF). *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 77 (3), 110–129.
- Goebel, Jan, Martin Grabka, Peter Krause, Martin Kroh, Rainer Pischner, Ingo Sieber und Martin Spieß (2008): Mikrodaten, Gewichtung und Datenstruktur der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 77 (3), 77–109.

- Goebel, Jan und Peter Krause (2007): Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland. *Wirtschaftsdienst*, 87 (12), 824–832.
- Goebel, Jan, Peter Krause und Roland Habich (2008): Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik. In: Statistisches Bundesamt, Heinz-Herbert Noll, Roland Habich (Hrsg.): *Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 163–172.
- Goebel, Jan, Peter Krause und Tanja Zaehle (2007): Dynamik von Einkommen und Armut in Ost- und West-Deutschland. *Sozialer Fortschritt*, 56 (7-8), 200–207.
- Habich, Roland (1999): Lebensbedingungen. In: Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Einheit. 1949–1989–1999*. Neuausgabe 1999. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 523–538.
- Habich, Roland (2002): Immer mehr für immer mehr – Anmerkungen zur Wohlfahrtsforschung in vergleichender Perspektive. In: Wolfgang Glatzer, Roland Habich und Karl Ulrich Mayer (Hrsg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen, Leske + Budrich, 199–227.
- Habich, Roland und Heinz-Herbert Noll (2008): Soziale Lagen und soziale Schichtung. In: Statistisches Bundesamt, Heinz-Herbert Noll, Roland Habich (Hrsg.): *Datenreport 2008 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 173–179.
- Headey Bruce und Elke Holst (Hrsg.): *A Quarter Century of Change: Results from the German Socio-Economic Panel (SOEP)*. SOEP Wave Report 1-2008. DIW Berlin.
- Hübinger, W. (1996): *Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit*. Freiburg, Lambertus.
- Krause, Peter (1998a): Die Entwicklung des Einkommens- und Lebensniveaus in der Transformation in Deutschland: Neue und Alte Bundesländer im Vergleich. In: Jerzy Kleer (Hrsg.): *Transformation in den Neuen Bundesländern und Polen. Zwei Wege zur Marktwirtschaft*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Warschau, 265–276.
- Krause, Peter (1998b): Low Income Dynamics in Unified Germany. In: Lutz Leisering und Robert Walker (Hrsg.): *The Dynamics of Modern Society*. The Policy Press, University of Bristol, 161–180.
- Krause, Peter und Roland Habich (2000): Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 69 (2), 317–340.
- Krause, Peter und Daniel Ritz (2006): EU-Indikatoren zur sozialen Inklusion in Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 75 (1), 152–173.
- Marlier, Eric, Antony B. Atkinson, Bea Cantillon und Brian Nolan (2007): *The EU and Social Inclusion. Facing the Challenges*. The Policy Press, University of Bristol.
- Noll, Heinz-Herbert (1998): Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991–1996. In: Heiner Meulemann (Hrsg.): *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung*. Opladen, Leske + Budrich, 61–83.
- Noll, Heinz-Herbert (2005): Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung: Ansätze zur Messung und Analyse der Lebensqualität. In: N. Genov (Hrsg.): *Die Entwicklung des soziologischen Wissens: Ergebnisse eines halben Jahrhunderts*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 185–212.
- OECD (2008): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Paris.
- Scheuer, Angelika (2008): Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen. In: Statistisches Bundesamt, Heinz-Herbert Noll, Roland Habich (Hrsg.): *Datenreport 2008*

- *Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 412–418.
- Wagner, Gert G. (1991): Die Erhebung von Einkommensdaten im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP). In: Ulrich Rentel und Gert G. Wagner (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984*. Frankfurt a. M., Campus.
- Wagner, Gert G., Jan Goebel, Peter Krause, Rainer Pischner und Ingo Sieber (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv*, 2 (4), 301–328.
- Zapf, Wolfgang und Roland Habich (Hrsg.) (1996): *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität*. Berlin, edition sigma.
- Zapf, Wolfgang und Roland Habich (1999): Die Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1999. In: Max Kaase und Günther Schmid (Hrsg.): *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*. WZB Jahrbuch 1999. Berlin, edition sigma, 285–314.
- Zapf, Wolfgang, Roland Habich, Thomas Bulmahn und Jan Delhey (2002): The case of Germany: Transformation through Unification. In: Wladyslaw Adamski, Pvael Machonin und Wolfgang Zapf (Hrsg.): *Structural Change and Modernization in Post-Socialist Societies*. Hamburg, Krämer Verlag, 229–296.